

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus 3, Sriede, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus
Sriede, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 24. Jänner 1989

Blatt 140

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- ÖVP kritisiert Luftsituation in Wien (141/FS: 23.1.)
- Stadtrat Dr. Swoboda: Grotteske Neuauflage der Diskussion um die Roßauer Kaserne rasch beenden! (142/FS: 23.1.)
- Edlinger: Unsachliche FPÖ-Kritik am Stadterneuerungsfonds (143/FS: 23.1.)
- Neuer Höhepunkt der Grippewelle (145)
- Wien — Gesunde Stadt (149-151)
- Stadt Wien hält Luftreinhaltegesetz ein (152)

Kultur:

- Prominente Künstler singen für armenische Erdbebenopfer (144)
- „Zeit für ein Gedicht“ (144)
- „Cats in Wien“: Rentabel, neue Publikumsschichten (146/147)
- 150.000 Schilling für Ausgestaltung von Qualtingers Ehrengrab (148)

ÖVP kritisiert Luftsituation in Wien

Wien, 23.1. (RK-KOMMUNAL) Kritik an der Wiener Luftsituation übte die Wiener ÖVP am Montag in ihrem Pressegespräch. Stadtrat Dr. Erhard BUSEK und LAbg. Dr. Johannes HAWLIK stellten fest, daß die Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau die vorgeschriebenen Grenzwerte des neuen Luftreinhaltegesetzes nicht einhalten könnten. Hawlik befürwortete eine Schließung der MVA Flötzersteig bis zur Klärung dieser Frage bzw. einer eventuellen Sanierung. Im Zusammenhang mit dem Smogalarm-Gesetz, das im Juni in kraft tritt, forderte die ÖVP die Erarbeitung eines Wiener Smogalarmplanes mit regionalen Zonen und den Ausbau des Luftmeßnetzes. Weiters sprach sich Hawlik für Informationstafeln über die Wiener Luft aus, die über die Luft am Standort informieren und befürwortete den Nachrüst-Katalysator, um eine weitere Luftverbesserung zu erzielen. (Schluß) du/bs

Bereits am 23. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Stadtrat Dr. Swoboda: Groteske Neuauflage der Diskussion um die Roßauer-Kaserne rasch beenden!

Wien, 23.1. (RK-KOMMUNAL) Als außerordentlich grotesk bezeichnete Montag Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA die durch Verteidigungsminister Robert LICHAL wieder angezettelte Diskussion um die Nutzung der Roßauer-Kaserne. Lichal hatte sich in einem ORF-Interview für die Übersiedlung des Verteidigungsministeriums in diesen Gebäudekomplex ausgesprochen. Swoboda forderte eine rasche und endgültige Beendigung dieser Diskussion, die er angesichts der eben erst präsentierten Ergebnisse des ersten Gutachterverfahrens als extrem kontraproduktiv für die Zusammenarbeit zwischen Wien und dem Bund bezeichnete.

„Im Interesse einer fruchtbaren Zusammenarbeit wäre es wünschenswert, wenn die klare Haltung, die Minister GRAF in dieser Angelegenheit an den Tag legt, nicht durch derartige Querschüsse boykottiert würde“ schloß Stadtrat Dr. Swoboda. (Schluß) lf/bs

Bereits am 23. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Edlinger: Unsachliche FPÖ-Kritik am Stadterneuerungsfonds

Wien, 23.1. (RK-KOMMUNAL) „Seine Kritik in der Öffentlichkeit ist unsachlich, weil Doktor Pawkowicz als Mitglied des Kuratoriums des Stadterneuerungsfonds über alle Maßnahmen im Fonds bestens informiert wurde“, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ am Montag zu einer Presseaussendung der FPÖ.

„Doktor Pawkowicz weiß, daß den Aufwendungen des Fonds im Jahr 1989 Erträge in der Höhe von 65,814 Millionen Schilling gegenüberstehen. Er weiß auch, daß die Zahl der Mitarbeiter des Fonds seit 1984 deshalb gestiegen ist, weil 1984 erst ganz wenige Sanierungsanträge zu bearbeiten waren, 1988 aber 484 Sanierungsanträge Förderungsmittel erhalten haben und jeder Mitarbeiter des Fonds die Bauüberwachung und Darlehenskontrolle für ein Bauvolumen von jeweils 183 Millionen Schilling (!) zu verantworten hat. Doktor Pawkowicz weiß auch, daß die Übersiedlung des Fonds in die Lenaugasse notwendig ist, weil eine dringend erforderliche Erweiterung der Büroräumlichkeiten in der Lichtenfelsgasse aufgrund einer Änderung der Bauordnung nicht mehr möglich ist. Doktor Pawkowicz verschweigt außerdem, daß der Wirtschaftsplan mit zwölf zu drei Stimmen angenommen wurde, wobei unter anderen die Architektenkammer, die Baumeisterinnung, die Immobilientreuhänder, die gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen, die Arbeiterkammer und die Gewerkschaftsvertreter zugestimmt haben, sodaß man keinesfalls von einem parteipolitischen Beschluß reden kann. Doktor Pawkowicz hat schließlich den einstimmigen Beschluß des Kuratoriums mitgetragen, wonach das neue Punktesystem erst mit 1990 in Kraft tritt, und alle vor dem 1. Juli 1988 eingereichten Anträge noch nach der bisherigen Prüfungsweise beurteilt werden. Ich bedaure sehr, daß Doktor Pawkowicz in der Öffentlichkeit so unsachlich argumentiert“, sagte Edlinger. (Schluß) ah/rr

Bereits am 23. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Prominente Künstler singen für armenische Erdbebenopfer

Wien, 24.1. (RK-KULTUR) Eine attraktive Veranstaltung, die noch dazu einem wohltätigen Zweck dient, findet am Donnerstag, dem 26. Jänner, um 19.30 Uhr im Austria Center Vienna in der Donaustadt, Am Hubertusdamm 6, statt: Prominente Künstler singen Arien aus Opern, Melodien aus Operetten sowie Wienerlieder zugunsten der Opfer des schrecklichen Erdbebens in Armenien.

Insgesamt 15 Interpreten werden den Gala-Abend bestreiten, unter ihnen Kammersängerin Sona GHAZARIAN, Kammersängerin Luisa BOSABALIAN, Theresa BERGANZA, Kammersänger Wladimir ATLANTOW, Kammersänger Heinz HOLECEK und Anatolj KOTSCHERGA. Begleitet werden die Künstler von der Konzertvereinigung Wiener Volksopernorchester, Dirigent Erich BINDER.

Karten zum Preis von 200, 300 und 500 Schilling sind im Raimundtheater, im Theater an der Wien, dem Ronacher, der Wiener Stadthalle, dem Reisebüro Intropa in der Kärntner Straße, allen Filialen der „Z“, einigen Filialen der „Ersten“ und der „CA“ sowie an der Abendkasse erhältlich. Es besteht auch die Möglichkeit, Karten im Austria Center unter der Nummer 23 69 150 reservieren zu lassen.

Alle Mitwirkenden haben für den Abend, über den Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und der sowjetische Botschafter Gennady SCHIKIN den Ehrenschatz übernommen haben, auf ihre Gage verzichtet. (Schluß) ull/rr

„Zeit für ein Gedicht“

Wien, 23.1. (RK-KULTUR) Am kommenden Freitag, dem 27. Jänner, beginnt wieder die Plakataktion „Zeit für ein Gedicht“. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wird am Ruprechtsplatz eines der Gedichtplakate affichieren, es liest Elisabeth ORTH.

„Zeit für ein Gedicht“ ist eine Plakataktion, die zweimal jährlich gemeinsam von „Wien Kultur“, Multi Art und der Firma Gewista organisiert wird. „Zeit für ein Gedicht“ soll das Lyrikverständnis wecken und fördern. (Schluß) ger/bs

Neuer Höhepunkt der Grippewelle

Vorige Woche 20.000 Neuerkrankungen

Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Die Grippewelle hat — entgegen der Annahmen der Gesundheitsbehörden — einen neuen Höhepunkt erreicht: In der Woche von 16. bis 22. Jänner wurden insgesamt 20.800 Grippe-Neuerkrankungen registriert. Im Vergleich dazu: In der Woche vorher waren es 16.100 Neuerkrankungen gewesen. Der Ärztenotdienst mußte am vergangenen Wochenende 450 Mal wegen Grippe bzw. grippaler Infekte intervenieren. Die Zahl der Krankenstände, die bei der Wiener Gebietskrankenkasse gemeldet wurden, erreichte bereits 4 Prozent der Beschäftigten, und 6,6 Prozent aller Wiener Schülerinnen und Schüler fehlen infolge eines grippalen Infektes.

Spitäler - weniger Notbetten

Was die Situation in den städtischen Spitälern betrifft, so haben sich die von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in der Vorwoche initiierten Maßnahmen bereits ausgewirkt. So konnte durch die Aufstellung von 100 Notbetten in den städtischen Pflegeheimen eine Entlastung der angespannten Situation erreicht werden. Aufgrund des täglichen hohen Zuganges von Neuerkrankungen gibt es gegenwärtig auf den Internen und Chirurgischen Abteilungen der Spitäler 185 Not- bzw. Gangbetten (in der vergangenen Woche waren es 236). Angespannt ist aber auch die Personalsituation in den Spitälern: Rund 16 Prozent (in der Vorwoche waren es 14 Prozent) des Pflegepersonals bzw. der Ärzte befinden sich derzeit in Krankenstand. (Schluß) zi/gg

„Cats in Wien“: Rentabel, neue Publikumsschichten

Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung nahm
„Cats“ im Theater an der Wien unter die Lupe

Wien, 24.1. (RK-KULTUR/WIRTSCHAFT) „Cats“ im Theater an der Wien rege im Jahre 1987 eine direkte Wertschöpfung von 106 Millionen Schilling und die Beschäftigung von rund 260 Personen an. Aus Umfang und Struktur des Kartenverkaufs bzw. -vorverkaufs ergibt sich ein Cats-Tourismus von rund 140.000 Nächtigungen, womit eine weitere Wertschöpfung von 150 Millionen Schilling und eine Beschäftigung von rund 450 Personen verbunden ist.

Die durch Tourismus und Cats-Produktion entstehenden Erlöse und Einkommen stimulieren eine Wertschöpfung von 94 Millionen Schilling und eine Beschäftigung von 325 Personen.

Das sind wesentliche Ergebnisse einer Untersuchung der Auswirkungen des Erfolgsmusicals „Cats“ im Theater an der Wien durch das Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung, die am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters von Direktor Peter WECK vorgelegt wurde. Die Autoren der Studie — Univ.-Doz. Dr. Michael WAGNER und Dr. Werner FRÜHSTÜCK — kommen nach detaillierten Berechnungen der Umwegrentabilität zur Ansicht, daß 1987 die öffentliche Hand etwa im selben Ausmaß Einnahmen — die direkt oder indirekt auf Cats zurückzuführen sind — erzielte, wie sie Förderungsmittel zuschießen mußte.

Allerdings: Die Subvention für das Theater an der Wien brachte allein die Stadt Wien auf, die Umwegrentabilität erstreckt sich aufgrund der Finanzausgleichsmechanik auch auf den Bund und andere Bundesländer. Dies sei keine Besonderheit der Unterhaltungskunst, alle urbanen Wirtschaftsaktivitäten strahlen in das Umland aus.

In der Studie heißt es u.a.: „Insgesamt haben rund 120.000 Ausländer Cats im Jahre 1987 besucht. Wenn auch nur für fünf Prozent der Besucher Cats den Ausschlag gegeben hat, Wien statt eines anderen Zielortes zu wählen, dann ergibt sich eine Anzahl von 24.000 Auslandstouristen, die ohne Cats im Jahre 1987 eine andere Stadt für einen Kurzurlaub gewählt hätten.“

Über 100 Prozent Kostendeckung

Das Musical erreichte im Untersuchungszeitraum eine Kostendeckung von über 100 Prozent. Die Studie folgert: „Cats hätte 1987 einen noch höheren Überschuß abgeworfen, wären dem Theater an der Wien vom Eigentümer nicht auch andere Aufgaben bei der Bereitstellung kultureller Infrastruktur zugedacht worden. So unterbrechen Aufführungen im Rahmen der Wiener Festwochen die Vorstellungsserie von Cats. Das Theater an der Wien erhält dafür zwar Mieteinnahmen, doch liegt deren Höhe weit unter jenen Einnahmen, die sich durch ausverkaufte Cats-Vorstellungen erzielen ließen.“

Und später: „Die Aufwendungen der öffentlichen Hand für Cats (in teils indirekter Form für das Theater an der Wien) sind als Infrastrukturinvestition in die Musicalstadt Wien aufzufassen. Mit diesen Investitionen hat die Stadt keine privaten Aktivitäten verdrängt, denn in Wien fehlt es (seit Jahrzehnten) an einem Markt für Wagniskapital für Unterhaltungskunst.“

Und Cats hat auch neue Besucherschichten zu einem Theaterbesuch angeregt: „Cats spricht einen sehr breiten Publikumskreis an; das zeigt sich auch am Besuch von Inländern, deren Sozialstruktur viel ausgewogener ist, als dies in klassischen Formen der Hochkultur zu sein pflegt. Während Produktionen in der Staatsoper oder im Burgtheater von einem Publikum besucht werden, das zumindest über eine Matura als höchsten Bildungsabschluß verfügt, weisen Cats-Besucher einen überdurchschnittlichen

Anteil von Österreichern auf, deren Schullaufbahn vermutlich nicht die Lektüre eines T.S. Eliot-Librettos nahegelegt hätte. Auch ist die Quote der Personen, die aus den mittleren (und nicht der oberen) Einkommenschichten kommen, bei Cats höher als bei Opern- oder Operettenaufführungen.“

Cats in Zahlen

Vom 18. September 1983 bis 2. Oktober 1988 fanden im Theater an der Wien 1.458 Vorstellungen mit Cats statt, bei denen man insgesamt 1,557.021 Besucher registrierte.

Die durchschnittliche Auslastung des Platzangebotes betrug 98,62 Prozent, die Einnahmen aus dem Kartenverkauf machten 380,648.269,55 Schilling aus.

Im August 1987 gastierte Cats in der Komischen Oper Berlin, in 15 ausverkauften Vorstellungen gab es 18.120 Besucher.

Das Gastspiel im Mai 1988 im Moskauer Operetten-Theater wies in 15 ausverkauften Vorstellungen 25.500 Besucher auf. (Schluß) wh/rr

Forts. von Blatt 146

150.000 Schilling für Ausgestaltung von Qualtingers Ehrengrab

Generell Grabpflege von Ehrengräbern durch Angehörige

Wien, 24.1. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Zusammenhang mit einem Zeitungsartikel über die mangelnde Ausgestaltung und Pflege des Ehrengrabes von Helmut QUALTINGER weist die Kulturabteilung der Stadt Wien darauf hin, daß gerade im Fall des Ehrengrabes für Helmut Qualtinger 150.000 Schilling für Materialkosten bereitgestellt wurden, um die Aufstellung eines entsprechenden Grabdenkmals zu ermöglichen, zu dessen Anfertigung sich Prof. Alfred HRDLICKA bereit erklärte.

Damit wurden die Voraussetzungen seitens der Stadt Wien geschaffen, Qualtinger ein würdiges Gedenken zu bewahren. Generell bleibt die Ausgestaltung und auch die Pflege von Ehrengräbern den Familien der Verstorbenen überlassen, um eine individuelle Gestaltung zu ermöglichen. In allen Fällen, in denen Angehörige die entsprechenden Aufgaben nicht übernehmen können, fühlt sich die Stadt Wien selbstverständlich verpflichtet, entsprechende Maßnahmen zu treffen. (Schluß) gab/rr

Wien - Gesunde Stadt

Gemeinderat wird Deklaration zur Gesundheitsförderung beschließen

Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat wird in seiner Sitzung am Freitag eine Deklaration zur Gesundheitsförderung in Wien beschließen. Das gaben Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag in der Pressekonferenz des Bürgermeisters bekannt. Der Gesundheitsstadtrat wies darauf hin, daß die Deklaration — die erste in einer deutschsprachigen Stadt Europas — von allen drei im Gemeinderat vertretenen Parteien angenommen werden wird.

Im Jahr 1980 haben sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Region der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf ein gemeinsames gesundheitliches Konzept „Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000“ geeinigt. Für die städtischen Siedlungen wurde dann ein eigenes Projekt „Gesunde Städte“ entwickelt, an dem sich seit März 1988 auch die Stadt Wien — gemeinsam mit zwei Dutzend anderen europäischen Städten — beteiligt.

Im Mai des vergangenen Jahres hat sich ein Stadtratskollegium konstituiert, dem alle amtsführenden Stadträte angehören, in deren Arbeitsbereichen Entscheidungen getroffen werden, die die Gesundheit der Bevölkerung beeinflussen können. Die Stadträte haben sich bereit erklärt, dafür zu sorgen, daß die Gedanken einer umfassenden Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung bei Entscheidungen innerhalb ihrer Geschäftsgruppen zu berücksichtigen sind.

Im Anschluß an das Stadtratskollegium wurde eine Beamtenkommission gegründet, in der leitende Beamte aus diesen Geschäftsgruppen vertreten sind. Die Mitglieder der Kommission sollen konkret darauf achten, welchen Einfluß die einzelnen Entscheidungen in ihren Bereichen auf die Gesundheit im weitesten Sinne haben können. Die Aktivitäten im Rahmen des Projekts „Wien — Gesunde Stadt“ werden von einem kleinen Büro in der Geschäftsgruppe Gesundheit koordiniert.

„Wiener Empfehlungen zur Gesundheit in Städten“

Gewissermaßen als Auftakt für die Aktion fand im Mai 1988 im Austria Center Vienna eine internationale Konferenz „Gesundheit in Städten — Neue kommunalpolitische Ansätze zur Förderung der öffentlichen Gesundheit“ statt. An diesem Kongreß nahmen rund 400 Delegierte aus 24 Ländern und 111 Städten teil. Nach dreitägigen Beratungen beschloß die Konferenz die „Wiener Empfehlungen zur Gesundheit in Städten“. Die Konferenz unterstrich darin „die zentrale Rolle einer bevölkerungsnahen gesundheitsorientierten Kommunalpolitik, die in allen Bereichen der Entscheidungsfindung Fragen der Gesundheit und gesundheitlichen Chancengleichheit berücksichtigt.“

In diesem Sinne wurde in den vergangenen Monaten eine Deklaration des Wiener Gemeinderates zur Gesundheitsförderung in Wien „Wien — Gesunde Stadt“ erarbeitet, die nun am Freitag dem Wiener Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Die Deklaration geht davon aus, daß das Gesundheitswesen in Wien hoch entwickelt ist. Eine Fülle von Einrichtungen und gesetzlichen Regelungen garantiert jedem Wiener im Krankheitsfall Hilfe und Behandlung. Mit der baldigen Fertigstellung der neuen Krankenhäuser AKH und SMZ Ost wird der quantitative Ausbau des Spitalswesens abgeschlossen und eine stärkere regionale Ausrichtung möglich sein. Der Schwerpunkt der Gesundheitspolitik wird sich in Zukunft auf die Sicherung der hohen Versorgungsqualität, auf die Organisation der Zusammenarbeit aller Einrichtungen und auf die Prävention sowie vermehrte Gesundheitsförderung verlagern.

Allgemeine und persönliche Verantwortung für die Gesundheit

In Anerkennung des Rechts jedes Wieners auf bestmögliche Gesundheit sieht der Wiener Gemeinderat die Verantwortung aller Einrichtungen unserer Gesellschaft für die Gesundheit der Bürger. Entscheidungen und Handlungen in allen Bereichen des Lebens können Auswirkungen auf die Gesundheit haben. Entscheidungen der Stadt, des Landes und des Bundes sind damit ebenso gemeint wie die von Interessenvertretungen, Sozialversicherungsträgern sowie gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppen. Auch das Verhalten des einzelnen Bürgers ist hier einzuschließen. Entscheidungen, die zu Beeinträchtigungen der Gesundheit führen und gesundheitsschädigende Lebensweisen schlagen sich letztlich in Kosten für die Krankheitsbehandlung nieder. Daher ist der Vermeidung gesundheitlicher Schäden auch aus wirtschaftlichen Gründen größtes Augenmerk zuzuwenden.

Chancengleichheit in der Gesundheit

Der Wiener Gemeinderat weist alle Arten von Diskriminierung zurück, die irgendjemandes Chancen zur bestmöglichen Gesundheit vermindern. Er akzeptiert die Herausforderung, bestehende Unterschiede im Gesundheitszustand zu beseitigen. Um das Recht auf die bestmögliche Gesundheit zu sichern, ist Chancengleichheit notwendig. Diese sollte für alle Wiener umfassen:

- ausreichendes Einkommen als Basis für gesunde Lebensführung
- sicheres und gesundes Wohnen mit einem im Verhältnis zum Einkommen zumutbaren Wohnungsaufwand
- sichere und gesundheitsförderliche Umwelt
- gesunde Ernährung
- zufriedenstellende Arbeitsbedingungen unter geringstmöglichen Gesundheitsrisiken
- stärkere Beachtung der gesundheitsbeeinträchtigenden Folgen von Arbeitslosigkeit
- ökologisch verträgliche öffentliche und private Transportmittel sowie optimale Verkehrssicherheit
- Freiheit von ethnischer, sexueller oder sozialer Diskriminierung
- ein vielfältiges Angebot an gesundheitsfördernden Einrichtungen auch für die Freizeit
- flächendeckende soziale und gesundheitliche Betreuung für alle Altersgruppen.

Mitverantwortung und Mitbestimmung

Gesundheit für alle kann nicht ohne Mitwirkung aller erreicht werden. Ein bestimmendes Element im Gesundsein und Gesundbleiben ist für jeden die Selbstkontrolle über den eigenen Lebensstil. Wichtig und damit ein Ziel der Gesundheitspolitik ist das Erreichen der persönlichen Einsicht, daß die Gesundheit jedes einzelnen maßgeblich von seiner eigenen Lebensführung bestimmt wird.

Zusammenarbeit und Förderung des ambulanten Sektors

Alle Einrichtungen und Gruppen, deren Tätigkeit für die Förderung der Gesundheit der Wiener bedeutsam ist, müssen zusammenarbeiten. Dies schließt auch die Kooperation der Stadt mit Institutionen und Initiativen außerhalb der Stadtverwaltung mit ein.

Innerhalb des Gesundheitswesens ist der Schwerpunkt auf die nichtstationären Versorgungsleistungen zu verlagern, auf niedergelassene Ärzte, soziale Dienste und andere ambulante Einrichtungen, wobei dies auch in der Ausbildung zu berücksichtigen ist. Es ist eine Verdichtung der medizinischen und pflegerischen Dienste außerhalb der Spitäler erforderlich.

Forts. von Blatt 149

Forts. auf Blatt 151

Gesundheitsforschung und Internationale Zusammenarbeit

Die Forschung im Bereich der Gesunderhaltung, der Prävention und der Früherkennung von Krankheiten ist zu verstärken.

Bestehende Partnerschaften zu anderen Städten und Mitgliedschaften bei internationalen Organisationen sollen auch im Hinblick auf die Förderung der Gesundheit vermehrt genutzt und ausgebaut werden. Die Stadt Wien wird mit zahlreichen anderen europäischen Städten im Rahmen des WHO-Projekts „Gesunde Städte“ eng zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit beinhaltet gegenseitige Information, Erfahrungsaustausch und Unterstützung.

Darüber hinaus ist sich der Wiener Gemeinderat seiner Verpflichtung bewußt, für die Gesundheit in der gesamten Welt einen Beitrag zu leisten. Er ist bereit, andere Länder zu unterstützen und alles zu unterlassen, was andere Länder schädigen könnte. Die Stadt bietet auch Schutz und Hilfe für Flüchtlinge und Opfer von Kriegen oder Folterungen.

Appell zur Umsetzung der Gesundheitsförderung

Der Gemeinderat der Stadt Wien appelliert an alle Einrichtungen und Bürger, dem Anliegen der Gesundheitsförderung erhöhte Beachtung und Wichtigkeit zu geben. Als beschlußfassendes Organ richtet der Gemeinderat auch an alle Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien die Aufforderung, in ihrer Tätigkeit auf die Grundsätze und Schwerpunkte der Deklaration über die Gesundheitsförderung Bedacht zu nehmen. (Schluß) sc/bs/gg

Forts. von Blatt 150

Stadt Wien hält Luftreinhaltegesetz ein

Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) „Das neue Luftreinhaltegesetz wird in jedem Fall von uns eingehalten“, betonte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in seiner wöchentlichen Pressekonferenz angesichts der Diskussion um die Müllverbrennungsanlagen. Bei den meisten Anlagen der Stadt Wien würden die Werte bereits jetzt eingehalten, ansonsten werde die sechsjährige Frist, die der Gesetzgeber zur Sanierung gegeben hat, genützt.

Es sei Aufgabe der betroffenen Unternehmen, dies in der vorgegebenen Zeit umzusetzen, erklärte Energiestadtrat Johann HATZL dazu. Von der Müllverbrennungsanlage Spittelau seien noch keine Werte bekannt, weil sie noch nicht in Betrieb sei, sagte Hatzl. Es sei nicht auszuschließen, daß auch der für Dioxin vorgeschriebene Wert ohnehin erreicht werde, ansonsten müßten Maßnahmen gesetzt werden.

Daß beim Flötzersteig etwas geschehen müsse, sei unbestritten, sagte Hatzl. Das Projekt für den Umbau der Feuerungsanlagen sei bereits eingereicht und müsse jetzt für die neuen Werte modifiziert werden. Die Planung sollte in jedem Fall noch heuer im Sommer abgeschlossen sein, kündigte der Energiestadtrat an. Mit dem Umbau wolle man die zur Verfügung stehenden sechs Jahre wenn möglich deutlich unterschreiten.

„Wir sind aber auch in der gegenwärtigen Situation völlig gesetzeskonform“, unterstrich Hatzl. Scharfe Kritik übte Hatzl an ÖVP-Umweltsprecher Dr. Hawlik, der als Berater der Umweltministerin darüber Bescheid wissen müßte und trotzdem mit falschen Angaben die Bevölkerung verunsichere. An die Medien appellierte der Energiestadtrat, dem Umbau der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig auch in der Bevölkerung Unterstützung zu verschaffen. (Schluß) roh/bs